

2018

Bilder dieser Seite: Pixabay

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr ist meist an eine Erwartungshaltung geknüpft. Manche Hoffnungen werden erfüllt und Erwartungen werden vielleicht übertroffen. Andere, neue Wünsche werden sich im Laufe eines Jahres auf tun ... Das neue Jahr ist noch nicht zu alt, um auch von Seiten der ID-Redaktion gute Wünsche und Grüße zu überbringen. Wir wünschen allen Mitgliedern, Gesprächspartnern, Freunden und Gönnern ein frohes und gesundes Jahr 2018.

In Vorfreude auf gute Erarbeitung vieler unserer regelmäßig



Gespräche und einen lebendigen Austausch bei der spannender und interessanter Themen im Rahmen erscheinenden Publikationen,

das Team der ID-Redaktion

Artikel in dieser Ausgabe

1. Licht und Schatten in Regierungspolitik
2. Landesregierung kürzt kommunale Finanzmittel
3. Verletzte Einsatzkräfte in Sylvesternacht
4. Mehr Einsatzstunden und Strafanzeigen
5. Überstundensituation der Polizei

Impressum

Redaktion:
Ralf Kusterer
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen sind entsprechend gekennzeichnet

Licht und Schatten in der Regierungspolitik DPoIG Baden-Württemberg zieht zum Jahreswechsel Bilanz.

Zu Beginn des Jahres zieht die Deutsche Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg (DPoIG), die mit 17.000 Mitglieder die mit Abstand größte Polizeigewerkschaft im Land ist, eine überwiegend positive Bilanz zur Politik im Land im vergangenen Jahr 2017.

Ralf Kusterer, Landesvorsitzender der DPoIG, machte im Zusammenhang mit den gewerkschaftspolitischen Themen deutlich, dass sich die **politische Zusammenarbeit mit den Parteien im Landtag und insbesondere den Regierungsparteien seit dem Regierungswechsel deutlich verbessert** habe und man auf einem guten Weg ist. Kusterer: „Wir sind in einem ständigen Dialog und ich darf feststellen, dass man auf unseren Rat hört. Das galt schon immer für die CDU und den amtierenden Innenminister Strobl, aber deutlich wahrnehmbar jetzt auch für die Grünen. Und ich glaube das ist auch gut so, wenn es um die Themen der Innenpolitik, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, aber auch den Beschäftigten in der Polizei und im öffentlichen Dienst geht.“

Wer Gutes tut, darf dafür auch mal gelobt werden.

Kusterer benennt viele Punkte die man gemeinsam mit der Politik auf den Weg und teilweise bereits umgesetzt hat. „Wir sind nicht die ewigen Nörgler. Es gibt einige guten Dinge - da wollen wir auch gerne Lob aussprechen.“

1.) Unsere jüngsten Äußerungen zum **Bildungsnotstand in der Polizei** haben wie ein Ruck gewirkt. Seit Jahren wurden jetzt erstmals wichtige Entscheidungen für die Bildungsstandorte und die Polizeiausbildung getroffen. Zwar gibt es hier noch viel zu tun aber die Richtung stimmt. Nach der Zerschlagung der Bildungsstandorte durch die Vorgängerregierung und den Verlust der Zukunftsfähigkeit in der Aus- und Fortbildung der Polizei



Ralf Kusterer zog für uns Bilanz aus dem Politgeschehen 2017.

dürfen wir einen Wandel und einen richtigen Kurswechsel verzeichnen.

2.) Die **Polizeireform 2014** war einer der größten sicherheitspolitischen Fehler in unserem Land. Mit den ersten zaghaften Veränderungen nach einer teilweise katastrophalen Evaluation, die lediglich aus parteipolitische Erwägungen auch noch einige wenige positive Aspekte zu benennen hatte, hat jetzt die Reform der Reform Fahrt aufgenommen. Damit werden einige der größten Fehler beseitigt.

3.) Mit großer Kraft hat man an den **Ausrüstungsdefiziten** gearbeitet. Auch wenn wir hier noch lange nicht dort sind, wo wir es gerne möchten, man sieht die Bemühungen. Manch einer mag es nicht verstehen, wenn wir immer wieder auf die Defizite hinweisen und damit unseren Kolleginnen und Kollegen eine Stimme verleihen. Aber die Polizei fährt in manchen Bereichen mit der Dampflok und die Verbrecher mit dem ICE. Auch wenn wir manche Steigung sicher nehmen, gibt es viele Strecken in denen wir eben nicht hinterher kommen. Das ist beispielsweise im gesamten digitalen Bereich so.

4.) Im Jahr 2017 wurden einige wichtige **Rechtsgrundlagen** geschaffen. Das versetzt die Polizei in die Lage Verbrechen besser vorzubeugen und besser zu verfolgen. Gerade in gesamten Terrorismussegment unabdingbar. Das Polizeigesetz ist in vielen Bereichen bundesweit beiseite geschoben und kann durchaus Antrieb sein, in anderen Bundesländern nachzuziehen.

5.) Mit der Abkehr von der **Kennzeichnungspflicht** haben Grüne und CDU in erster Linie ihr Vertrauen gegenüber der Polizei deutlich gemacht und grenzen sich gegenüber einigen anderen Bundesländern ab. Die Polizei in Baden-Württemberg stellt dabei täglich unter Beweis, dass sich dieses Vertrauen mit unglaublich hohem Einsatzwillen und Leistungsbereitschaft - oft weit über der Belastungsgrenze - verdient.

6.) Als kleine Maßnahme mit großer Wirkung kann man auch die **Freifahrt in Uniform zum Dienst** in allen Zügen der Deutschen Bahn bezeichnen. Damit sorgen viele Polizeibeamte bereits auf dem Weg von und zum Dienst für Sicherheit in unseren Zügen.

7.) Die Entscheidung der Regierung min. **1.500 zusätzliche** (zu den Altersabgängen) **Beschäftigte** in der Polizei einzustellen, davon 900 Polizeibeamte und 600 Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte basiert auf der Forderung der DPoIG und kann nur ausdrücklich begrüßt werden. Das ist mit Blick auf die Vergangenheit ohne Vergleich, was hier Innenminister Strobl auf den Weg gebracht hat. Diese Anstrengungen müssen in den kommenden Jahren dringend fortgeführt werden. Die Forderungen der DPoIG um eine weitere Erhöhung des Personalbestandes um 2.000 Polizeibeamte ist bereits in der politischen Diskussion.

Fortsetzung auf nächster Seite.



Fortsetzung von vorheriger Seite.

In der Zukunft gilt es für einige Themen, die wir teilweise seit Jahren auf unserer Agenda haben, mit der Politik gemeinsam Lösungen zu finden. Dafür stehen wir in einem engen Dialog mit den Parteien im Landtag. Hierzu benennt Kusterer einige Beispiele.

Wo Licht ist, da ist auch Schatten.

1.) An einer der ersten Stelle steht die **Gesundheitsvorsorge**. Im Jahr 2013 wurde eine Kürzung der sogenannten Beihilfe von 70 bzw. 80 auf 50 Prozent vorgenommen. Besonders betroffen sind dabei die Kinder und Ehefrauen der Beamten. Kein anderes Bundesland hat diese Regelung und die Beamte in Baden-Württemberg haben das wahrlich nicht verdient. Wer tagtäglich den Kopf für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hinhält, der hat für sich und seine Familie die beste Gesundheitsvorsorge verdient die es geben kann.

2.) Ein Großteil der Polizei arbeitet zu Zeiten, an denen andere Menschen Freizeit haben. Die Art der Arbeit die in diesen Zeiten geleistet wird verdient mehr als die bisherigen **Zulagen** von 2 bis 3 Euro. Gerechtfertigt wäre sicher mindestens eine Verdoppelung. Manche Dinge kann man ja auch stufenweise erreichen – warum nicht auch hier mal ein erster Schritt.

3.) Dabei ist es ein Anliegen der DPoIG, dass auch **Beamte in Ausbildung Zulagen** erhalten wie sie an fertig ausgebildete Beamte bezahlt werden. Es ist unredlich, wie es die Vorgängerregierung gemacht hat, die Zeiten in denen Ausbildungsbeamte im regulären Dienst arbeiten auf ein Jahr auszuweiten, ihnen aber nicht alle vergleichbaren Zulagen zu bezahlen.

4.) Die **Wochenarbeitszeit** der Beamten in Baden-Württemberg liegt seit Jahren bei 41 Stunden. Sie liegt damit 2 Stunden über denen von Tarifbeschäftigten und bis zu 6 Stunden über der Wochenarbeitszeit von Beschäftigten in der Wirtschaft. Es wird Zeit, dass man diese Wochenarbeits-

zeit auf den Prüfstand stellt, anderen Bundesländern folgt und mindestens auf 39 Stunden reduziert.

5.) Ein Teil der Polizei ist **auf Abruf bereit** oder verrichtet über einen längeren Zeitraum die **Arbeit außerhalb der Wohnortnähe** und der Möglichkeit nach Dienst die Freizeit bei Familie und Freunden zu verbringen. Kein Mensch würde länger auf einer Bohrinse arbeiten, wenn er für die Arbeitszeit und insbesondere den Verlust an Freizeitqualität (Familie/Freunde) keinen Ausgleich bekommen würde. Es wird dringend Zeit, dass wir gesetzliche Regelungen bekommen, die eine Arbeitsaufnahme auf Zuruf oder aber Arbeitsbedingungen mit einer deutliche Einschränkung der Qualität an Freizeit und mentaler Regeneration ausgleichen.

6.) Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass man die **Attraktivität des Polizeiberufs** erhöhen möchte und **verlässliche Karriereplanungen** schaffen möchte. Hierzu sollen deutlich verbesserte und verlässlichere Entwicklungsperspektiven geschaffen werden. Spürbare Strukturverbesserungen sollen im Personalbereich umgesetzt werden. Dazu soll eine Kommission unter Federführung des Innenministeriums einrichten werden, die sich mit der weiteren Ausgestaltung der laufbahnrechtlichen Rahmenbedingungen beschäftigen wird. Dazu ist jetzt der richtige Zeitpunkt. Steigende Einstellungszahlen und tausende Beamte die in eine höhere Laufbahn aufsteigen möchten sind ein Grund dafür. Die DPoIG tritt weiterhin für eine eigenständige Besoldungs- und Laufbahnordnung ein, die den Besonderheiten der Polizei gerecht wird. Überdies sieht die DPoIG darin auch eine Möglichkeit eine in Planung befindliche Dienstpostenbewertung mit zu erwartenden massiven Verschlechterungen für die praktische Polizeiarbeit wie auch die Zukunftsplanungen der Polizeibeamten entbehrlich zu machen.

7.) Die Gewinnung von gutem Nachwuchs und ausreichendem Personal ist eine zentrale Herausforderung. **Ausgebildete Polizeibeschäftigte**

aus anderen Bundesländern können bislang nur mit einem Tauschpartner in Baden-Württemberg eingestellt werden. Das muss sich ändern.

Von den aktuell mehr als 450 unbesetzten Stellenanteilen könnten mit Sicherheit mehr als 50 sofort besetzt werden, wenn man die Bindung an Tauschpartner aufgibt. Dieses System verhindert einen offenen Wettbewerb, wie er durch die Föderalismusreform in Gang gesetzt wurde. Warum soll ein gut ausgebildeter Polizeibeamter aus Sachsen-Anhalt oder Schleswig-Holstein, der vielleicht familiäre Beziehungen in unser Bundesland hat, nicht bei uns arbeiten? Auch die Übernahme von **Zeit- oder Berufssoldaten der Bundeswehr mit speziellen Fähigkeiten** sollte nach Auffassung von Kusterer näher geprüft werden. In einigen Ländern gibt es längst gesonderte Einstellungsmöglichkeiten für Feldjäger und Spezialisten denen Vorzeiten angerechnet und ggf. auf die Ausbildungszeiten angerechnet werden. Man denke dabei aber auch an Spezialisten wie beispielsweise im Sprengstoffbereich, denen man direkte Einstiegs- und Zukunftsperspektiven bieten könne.

Es gibt noch Luft nach oben.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat unmittelbar nach Jahresbeginn zahlreiche Gespräche geplant, um zentrale Fragen mit den Verantwortlichen in der Politik zu erörtern und auf den Weg zu bringen. Dazu gehören wichtige sicherheitspolitische Weichenstellungen und Fragen der Sicherheitsarchitektur. Dabei geht es auch um das Ziel die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Hier gibt es nach Auffassung von Ralf Kusterer noch Luft nach oben, beispielsweise durch vermehrte Sicherheitspartnerschaften. Kusterer: „Viele Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, dass mit der Polizeireform 2014 sich die Sicherheit verschlechtert hat uns sie ihre Polizei nur selten sehen. Ich kann das sehr gut verstehen. Hier bedarf es nicht nur einer aktiven Politik aus Stuttgart sondern auch einem Miteinander von Kommunalpolitik und Sicherheitsbehörden. Hier sehe ich deutlich Luft nach oben.“ □

Landesregierung kürzt Finanzmittel

Deutsche Polizeigewerkschaft beunruhigt über Kürzungen der Städte und Kommunen.

Für Beunruhigung sorgt das Vorhaben der Landesregierung, die finanziellen Mittel für Städte und Kommunen im Rahmen der Erhöhung des Vorwegabzuges im Finanzausgleich, um rund 200 Millionen Euro zu kürzen.

Jürgen Engel, stellvertretender Landesvorsitzender der DPoIG, hat gegenüber seiner Landesleitung dargestellt, dass dieser Eingriff in die Finanzen der Kommunen für die nächsten Jahre bis 2021 erhebliche Konsequenzen haben wird. Die Polizei brauche aber starke Partner an ihrer Seite, die finanzielle Spielräume zur Verbesserung und Erhalt der Sicherheit in den Kommunen haben.

Ein Eingriff in dieser Größenordnung wird sich sicherlich mit Kürzungen in den Verwaltungshaushalten der Kommunen niederschlagen, insbesondere bei bereits Verschuldeten. „Hoffentlich führt dies in den nächsten Jahren nicht zu einem Personalabbau in den Ordnungsämtern, die wichtige Partner bei der Prävention und Sanktionierung von Ordnungsstörungen sind, sagt Engel. „Wenn ich mir überlege, welches Problem die grün-schwarze Landesregierung den Kommunen mit dem Aufheben des Alkoholverkaufsverbots eingebracht hat und zeitgleich diese finanziell schwächt, dann ist das kaum zu verstehen. Wer soll Platzverweise denn zukünftig umsetzen? Geplante Neubauten von Jugendzentren oder die Erweiterung des Betreuungsangebotes für junge Heranwachsende könnten in einigen Gemeinden aus finanziellen Gründen gefährdet sein. Letztendlich wird die Polizei die Auswirkungen wieder voll treffen und muss die entstehenden Brennpunkte in Städten und Gemeinden löschen. Das Land kann nicht nur überwiegend den Tankstellenbetreibern zuliebe das nächtliche Alkoholverkaufsverbot aufheben und gleichzeitig die Kommunen so schwächen,



die Landesregierung plant, die Finanzmittel für Städte und Kommunen zu kürzen.



Jürgen Engel, stv. DPoIG-Landesvorsitzender

dass sie kein Personal für die Umsetzung von Platzverweisen durch den Ordnungsdienst bezahlen können.“

Engel, der das Thema für die DPoIG bearbeitet, will zeitnah Gespräche im Innen- und Finanzministerium führen, aber auch mit Wahlkreisabgeordneten, die in der Regel mit Ihren Städten und Gemeinden stark verbunden sind. Bereits Ende 2016 hatte der Präsident des Gemeindetages BW, Roger Kehle, an alle Oberbürgermeister und Bürgermeister ein Schreiben gerichtet, in dem er die Auswirkungen der gestaffelten Erhöhung des Vorwegabzuges in Höhe von 200 Millionen Euro ausführte.

Bei der DPoIG stehen sicherheitspolitische Weichenstellungen und Fragen

der Sicherheitsarchitektur ganz oben im Gespräch mit der Politik. Immer ausschließlich mit dem Ziel die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Hier gibt es nach Auffassung von Engel noch Verbesserungspotential, beispielsweise durch vermehrte Sicherheitspartnerschaften auch mit kleineren Gemeinden.

Engel: „Wenn ich an meine Heimatgemeinde Gingen an der Fils denke, dann fallen mir da schon auch einige Dinge auf, die man in der Zusammenarbeit mit der Polizei und der Gemeinde, aber auch mit der Bevölkerung verbessern kann. Viele Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, dass sich mit der Polizeireform sich die Sicherheit verschlechtert hat und sie „ihre Polizei“ seither nur selten sehen. Ich kann das sehr gut verstehen. Hier bedarf es nicht nur einer aktiven Politik aus Stuttgart, sondern auch einem Miteinander von Kommunalpolitik und Sicherheitsbehörden. Polizei und Kommunen müssen zukünftig noch mehr in die Beratung beim Einbruchsschutz investieren und Anreize für Investitionen der Eigentümer schaffen. Dies geht aber nicht mit einem geschwächten Gemeindehaushalt.“ □

Verletzte Einsatzkräfte in der Silvesternacht Etliche Angriffe gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste.

Mit Sorge sieht die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) die jüngsten Angriffe gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste. Dabei sind leider solche Angriffe auch unter dem Jahr keine Seltenheit. Die Häufung an Sylvester ist dennoch besorgniserregend. Auch wenn in Baden-Württemberg noch lange nicht die Dimensionen wie z.B. in Berlin erreicht sind: für die DPoIG Baden-Württemberg ist jeder einzelne Fall ein Fall zu viel.

Im Mittelpunkt der polizeilichen Betrachtungen muss bei solchen Vorfällen die Strafverfolgung stehen. Wir – die Polizei – sind in erster Linie gefordert. Die Polizeiführung muss gemeinsam mit der politischen Führung Strategien erarbeiten, die zu einer lückenlosen Aufklärung und Strafverfolgung führen.

Wer Angehörige von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten angreift, der muss hart bestraft werden.

Die rechtlichen Voraussetzungen hat die Politik im letzten Jahr dafür geschaffen. Jetzt geht es darum, dass Polizei und Strafverfolgungsbehörden, sprich Polizei und Justiz in die Lage versetzt werden, die Gesetze auch umzusetzen. In erster Linie benötigen wir mehr Personal, mehr Polizei. Die beschlossenen 1500 Stellen für die Polizei sind richtig, wir brauchen aber mindestens nochmals 2000 Polizeibeamte mehr. Und wir brauchen mehr Richter und Staatsanwälte. Die Strafe muss nach solchen Taten auf dem Fuße erfolgen. Keine lange Wartezeiten – ein schnelles Verurteilen ist gefragt.

Wir haben es hier nicht mit Bagatelldelikten zu tun.

In manchen Fällen sind wir nahe am Tötungsdelikt. Das sind keine Kinderkracher, sondern teilweise handelt es sich um gefährlichen Sprengstoff. Die Sicherheitsbehörden müssen ein gro-



Viel zu oft illegales und riskantes „Spielzeug“: Sylvesterböller ohne Zulassung oder missbräuchlich verwendet.

ßes Engagement auch daran setzen, diese bereits vor dem Handel zu stoppen. Aber in einer Zeit wie aktuell, in der unsere Polizei an allen möglichen Brennpunkten – u.a. in Bereich der Wohnungseinbrüche – wie im Kampf gegen Windmühlen unterwegs ist, ist das schwierig. Ein Zeichen für fehlendes Personal.

Die Sicherheitsbörden, hier gerade die Polizei, müssen stärker als bisher die Strategie auf die Täterermittlung legen. Die teilweise veralteten Vorbeugungsstrategien scheinen nicht mehr zu greifen. Wie müssen das Entdeckungsrisiko erhöhen. Nur dann, wenn die Gefahr der Entdeckung – auch aus Menschenmengen heraus – größer wird, werden Täter abgeschreckt. Die DPoIG hält nichts von erzieherischen Maßnahmen, wie beispielsweise dem vorübergehenden Entzug der Fahrerlaubnis. Bei gefährlichen Straftaten gehören die Täter hinter Gitter – und zwar nicht nur ein zwei Wochen.

Was uns bei diesen Taten immer wieder beschäftigt ist, dass die Täter oft alkoholisiert sind. Auch hier brauchen wir Maßnahmen die greifen. Etwa ein Platzverbot bei starker Alkoholisierung. Hier ist ein gemeinsames Handeln von Polizei und Städten/Gemeinden gefordert.

Bei großen Veranstaltungen wäre eine Videoüberwachung hilfreich. Diese würde die Polizei in die Lage versetzen, die Täter besser zu ermitteln.

Die Bürger aufrufen, sich zu distanzieren.

Uns ist es ein Bedürfnis, unsere Bürgerinnen und Bürger dazu aufzurufen, solche Taten nicht zu verharmlosen und stattdessen der Polizei wichtige Hinweise zu geben, damit Täter nicht anonym bleiben. Sich von diesen zu entfernen und sich zu distanzieren ist das eine, sie mit dingfest zu machen das andere.

Letztlich geht es um den Schutz derjenigen, die auch an allgemeinen Festtagen für den Bürger arbeiten. Und es geht um die Wahrung eigener Grundrechte. Denn als eines der letzten Mittel das zum Schutz der Bevölkerung und von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten notwendig sein könnte, ist sicher ein örtlich beschränktes Verbot zum Abbrennen von Feuerwerkskörpern. Wenn andere Mittel nicht greifen, muss auch daran gedacht werden – auch wenn damit jedem Einzelnen, der sorgsam und nur mit legalen Feuerwerkskörpern umgeht, seinen Spaß genommen würde. □

Mehr Einsatzstunden und Strafanzeigen Zahlreiche Fußballereinsätze halten Polizei weiter auf Trab.

Aus Sicht der DPoIG Baden-Württemberg fällt die Bilanz zu Polizeieinsätzen rund um Fußballspiele sehr durchwachsen aus.

Definitiv: Die Polizei betreibt einen hohen Aufwand um die Sicherheit in und um die Fußballstadien zu gewährleisten. Laut einer Stuttgarter Tageszeitung leisteten unsere Kolleginnen und Kollegen allein in der Hinrunde dieser Spielsaison, bei 159 relevanten Spielen von der Bundes- bis zur Oberliga, stolze 81.897 Einsatzstunden. Im Vergleichszeitraum der vorigen Spielzeit waren es in 161 Begegnungen 77.916 Einsatzstunden. Das entspricht einem deutlichen Plus.

Dem Zeitungsbericht zufolge gab es bei Auseinandersetzungen der Fans weniger verletzte Personen (36) als im Vergleichszeitraum der Saison 2016/2017 (58). Dafür wurden in der aktuellen Spielsaison offenbar deutlich mehr Strafanzeigen (316) gestellt als damals (217). Besonders angestiegen sei die Verwendung von pyrotechnischen Materialien, was Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz darstellt (60 statt 8 Fälle), deutlich mehr Landfriedensbrüche (37 statt 9 Fälle) und mehr als doppelt so viele Beleidigungen (65 statt 32 Fälle).

Fußballspiele beschäftigen und binden Polizeikräfte massiv.

Der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, hierzu: „Man kann deutlich erkennen, wie stark Fußballspiele die Polizei beschäftigen. Und das nicht nur in der 1. Bundesliga. Wir haben als Deutsche Polizeigewerkschaft immer wieder gefordert, dass die Liga – und ich weise ausdrücklich darauf hin: nicht die Vereine – an den Polizeikosten zu beteiligen sind. Die Liga verdient das große Geld. Und es erscheint mir nach wie vor angezeigt, dass die Kommerzielle Fußball-Liga (Bundesliga) sich an diesen Kosten der Öffentlichkeit beteiligt.“



Bengalos und aufgeheizte Fans im Stadion.

Ich will aber gar kein Zweifel daran lassen: Sicherheit rund um die Fußballstadien ist und bleibt eine Aufgabe der Polizei.



Vertrat die Interessen der Polizeibediensteten beim Fußball-Sicherheitsgipfel des Innenministerium: DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer.

Konsequentes Einschreiten und schnelle Verurteilung.

Mit besonderem Interesse habe ich beim Fußball-Sicherheitsgipfel im Innenministerium, an dem ich persönlich für die Deutsche Polizeigewerkschaft teilgenommen habe, die Statements der Präsidenten unserer großen Fußball-Clubs vernommen. Bei der klaren Botschaft sehe ich mich beispielsweise mit dem Präsidenten des VfB-Stuttgart, Wolf-

gang Dietrich, und dem Freiburger Club-Präsidenten, Fritz Keller, auf einer Linie: Keine Gewalt in und außerhalb der Stadien. Die „Rote Linie“ ist dann überschritten wenn Gesetze nicht beachtet werden. Straftaten gehen gar nicht. Konsequentes Einschreiten der Polizei, Schnelle Verurteilung der Straftäter.

Fußball muss ein gefahrloses Familienvergnügen bleiben.

Klar ist, dass der Staat dafür alles tun muss, damit das so bleibt oder wird. Die Sicherheitsbehörden, also Polizei und die Staatsanwaltschaften, müssen dafür – auch personell – in die Lage versetzt werden. Fanprojekte und Sozialarbeit können eine wichtige Ergänzung sein.

Quelle: Stuttgarter Zeitung



Bild: Pixabay

Überstunden-Situation bei der Polizei Eine Einschätzung zur Lage in Baden-Württemberg.

Grenzkontrollen, Terrorgefahr, G20-Gipfel, Demonstrationen, Fußballspiele: Bei zahlreichen Sonderlagen und durch die Übernahme neuer Aufgaben hat die Polizei im vergangenen Jahre erneut Überstunden angehäuft. Nach Schätzungen einer anderen Polizeigewerkschaft haben deutsche Polizisten in Bund und Länder rund 22 Millionen Überstunden gemacht. Das wären in etwa so viele wie 2016. Viele Politiker und Medienvertreter fragen sich angesichts dessen, ob die jüngsten Stellenzuwächse nichts gebracht haben und ob jemals wieder eine Besserung eintreten wird.

Eine jährliche Erhebung erfolgt im Land beschränkt auf die für den Polizeivollzugsdienst angeordnete Mehrarbeit nach dem Landesbeamtengesetz, auf Ebene der sechzehn Polizeipräsidien und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst, den Abbau von Mehrarbeit durch Freizeit, sowie durch die Auszahlung von Mehrarbeitsvergütung ohne weitere Differenzierung.



Hat sich mit dem Teufelskreis Mehrarbeit auseinandergesetzt: Oliver Auras, stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender

Nach Berechnungen der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) dürften bei der Polizei Baden-Württemberg im Jahr 2017 zwischen 1,5 und 2 Millionen Überstunden angefallen sein. Im Jahr 2016 waren es etwa 1,5 Millionen. Von Vertretern des Innenministeriums wird dabei gerne betont, dass im gleichen Zeitraum Überstunden in ähnlicher Höhe auch abgebaut wurden.



Mitten im Spannungsfeld der Zeit steht ... der Mensch.

Wir haben manche Bereiche (beispielsweise bei der Kriminalpolizei), wo Kollegen/innen nicht selten 300 bis 400 Überstunden vor sich herschieben. Während sich die regionalen Polizeipräsidien überwiegend auf gleicher Höhe (80.000 bis 100.000 Überstunden) bewegen dürften, gibt es bei der Bereitschaftspolizei wohl doppelt so hohe Belastungszahlen. Die Belastung ist landesweit aufgabenspezifisch sehr unterschiedlich. Einen landesweiten Mittelwert „pro Kopf“ zu nennen, wäre damit nicht nur schwer, sondern geradezu unseriös.

Rent a Cop – eine Methode mit der Baden-Württemberg seit diesem Jahr Geld verdient.

Bezeichnenderweise sind es gerade die Kollegen der Einsatzeinheiten, die mit ihren Unterstützungseinsätzen in anderen Bundesländern, auch Geld in den baden-württembergischen Landeshaushalt holen. Allerdings ohne dass sie selbst etwas davon bekommen. Das Land hingegen rechnet über geltende Verwaltungsvereinbarungen zur Kostenabrechnung höhere Stundensätze ab, ohne diese

über Zulagen oder ähnliches an die Einsatzkräfte weiterzugeben.

Die Belastungen für die Polizei haben insgesamt überdimensional zugenommen. Die regelmäßig anfallenden Überstunden sind ein Indikator dafür, dass zu gewissen Zeiten viel zu wenig Personal vorhanden ist, um die zugewiesenen Aufgaben zu bewältigen. In vielen Bereichen können deshalb polizeilich wünschenswerte Aufgaben nicht (mehr) wahrgenommen werden.

Hinter den reinen Zahlen verbergen sich eine Vielzahl von Problemen.

Bei einer Annahme von etwa 1.800 zu erbringenden Jahresarbeitsstunden je Kopf errechnet sich alleine dadurch ein Bedarf von zusätzlich über 800 Stellen. Insgesamt schätzen wir den tatsächlichen Stellenmehrbedarf bei verschiedenen Arbeitszeiterfassungen- und modellen noch höher ein. Nicht zuletzt damit sehen wir unsere langjährigen Personalforderungen nach weiteren 2.000 Stellen (zusätzlich zu den bereits beschlossenen 1.500 Stellen) bestätigt.

Fortsetzung auf nächster Seite.

Fortsetzung von vorheriger Seite.

Überstunden bedeuten immer zusätzliche Belastung, ja auf Dauer sogar „Überlastung“. Die lässt sich nicht einfach so im Stundenverhältnis 1:1 wieder abbauen. Für eine ausreichende Regeneration muss proportional mehr Zeit aufgebracht werden. Diese Regenerationsphasen sind wichtig. In vielen Bereichen leiden die Familien und Freundschaften darunter. Sicher auch ein Indiz dafür sind relativ hohe Scheidungs- und Trennungsquoten. Aber auch steigende Fälle schwerwiegender Erkrankungen, wie Depressionen oder Burnout, sind die Folge. Zunehmend mehr Polizeibeschäftigte erkranken infolge anhaltender Überarbeitung und Überlastung im Dienst. Deshalb kann die (einfache) Ausbezahlung geleisteter Überstunden keine dauerhafte Lösung sein.

Beim Thema Mehrarbeit beißt sich die Katze/der Hund selbst in den Schwanz.

Kurios ist, dass durch den Abbau von Mehrarbeit und die entstandenen Überlastungserkrankungen, das

verbleibende Personal noch stärker belastet wird. Das führt in vielen Bereichen zu erneuten Überstunden. Schon lange haben wir in der Polizei einen gefährliche Kreislauf.

Und das Schlimme ist, dass eigentlich keine Lösung absehbar ist. Selbst ein striktes „Pflicht vor Kür“ reicht nicht mehr aus. Was wiederum zu hoher Frustration unter den Polizeibeschäftigten führt, weil sie ihren für richtig und optimal empfundenen Beitrag zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürgern selbst nicht mehr erbringen können.

Gibt es eine schnelle Entlastung?

Mittelfristig bringt uns nur eine strikte Aufgabenkritik, mit Blick möglicher Verlagerung von Aufgaben auf andere staatlichen Bereiche und ein deutlicher Personalzuwachs bei der Polizei, eine Entlastung. Personalzuwächse sind aber auch in anderen Bereichen, für die wir als Polizei aktuell Aufgaben wahrnehmen, angezeigt. Beispielsweise bei der Justiz, den Jugendämtern oder anderen Bereichen der Allgemeinen Verwaltung.

Eine schnelle Entlastung ist damit aber nicht in Sicht: Die bereits beschlossene Stellenzuwächse machen sich erst mit langer Verzögerung bemerkbar, weil neue Polizisten zunächst ausgebildet werden müssen. Das zähe Ringen um eine regierungsfähige Berliner Koalition trägt ebenso seinen Teil dazu bei, dass sich auf Bundesebene so schnell nichts ändern kann.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat im vergangenen Jahr, gemeinsam mit der Bundeskanzlerin, einen Durchbruch in der Frage der Begleitung von Schwertransporten erzielen können. Auf Anraten und Drängen der DPoIG hatte die Kanzlerin eine Regelung auf den Weg gebracht, wonach Schwertransporte nicht mehr direkt von der Polizei begleitet werden müssen. Andere Bundesländer haben dadurch erhebliche Polizeibeamte für andere Aufgaben freisetzen können. In Baden-Württemberg bewegt sich hier bislang nichts. Auch damit ließen sich, noch dazu sehr schnell, weitere Überstunden vermeiden. □



DPoIG MITGLIEDSAUSWEIS

Hiermit fordere ich meinen kostenlosen DPoIG-Mitgliedsausweis an und füge ein Lichtbild bei.

Sie können uns auch gerne eine JPG-Datei per E-Mail an info@dpolg-bw.de senden.



Name: _____

Geb.-Datum: _____

Straße: _____

Ort: _____